

1. Teil

Volker (V) ist Eigentümer eines Mehrparteienhauses in Innsbruck mit 20 Wohneinheiten, die er vermietet. **Michael** (M) mietet seit einem Monat eine Wohnung im 3. Stock mit Balkon. Unter ihm wohnt **Ludwig** (L), der Neffe von V, dem sein Onkel die Wohnung unentgeltlich „bis auf Widerruf zum Studieren überlassen“ hat.

L raucht mehr als 20 Zigaretten am Tag in seiner Wohnung, oft, während er bei offenem Fenster lernt. Dabei ziehen Rauchschwaden auf den Balkon und durch offene Fenster auch in die Wohnung des Nichtraucherers **M**. Als **M** den **L** bittet, weniger und nur bei geschlossenem Fenster zu rauchen, erwidert L, er dürfe in seiner Wohnung rauchen; **V** habe ihm dies ausdrücklich gestattet. **M** beschwert sich daraufhin bei **V** und droht an, den Mietzins für den vergangenen Monat „zu kürzen“, wenn die von morgens bis abends währende Belästigung durch den Zigarettenrauch nicht abgestellt werde. **V** verweist daraufhin auf den mit **M** vereinbarten Mietvertrag:

„3. Mietzins (...) 3.3. Belästigungen durch Lärm, Licht, Geruch oÄ die von anderen Mietern ausgehen, berechtigen nicht zur Mietzinisminderung. Derartige Konflikte sind im Sinne guter Nachbarschaft freundschaftlich zu lösen.“

Doch damit nicht genug. Als die Kommilitonin **Greta** (G) den L besucht, rauchen beide am offenen Fenster und stellen den Aschenbecher zwischen sich auf die Fensterbank. Als **M** mit seinem neuen Sportwagen vorfährt, beugt sich **G** etwas über die Fensterbank, um den teuren Wagen zu betrachten. Sie stößt dabei an den schweren Aschenbecher, der daraufhin aus dem Fenster fällt. Er landet zunächst auf dem Dach und dann auf der Motorhaube des neuen Wagens, als **M** diesen gerade auf seinem mitgemieteten Parkplatz abstellte.

M, der den Wagen für drei Jahre von der **Sportwagen Innsbruck** (SI) gemietet hat, muss seinem Kaskoversicherer 1.000 EUR Selbstbehalt für die Reparatur bezahlen. M war SI gegenüber vertraglich verpflichtet, die Reparatur ausführen zu lassen. Nach Auskunft der Fachwerkstatt ist außerdem der Wert des Autos durch die notwendigen Nachlackierungen um 5.000 € gemindert.

Wie ist die Rechtslage?

(Ansprüche des Kaskoversicherers sind **nicht** zu prüfen!)

Bitte wenden!

2. Teil

Der **Tiroler Unternehmer Anton** (A) benötigt für seine Geschäftstätigkeit einen Kredit, den ihm der in München (Deutschland) wohnhafte **Bertold** (B) gewährt. Als Kreditsicherheit überträgt A während eines Aufenthalts in München dem B das Eigentum an seinem Fahrzeug und übergibt B die Fahrzeugpapiere. Da A jedoch auf den Wagen angewiesen ist, um seinen Geschäften nachgehen zu können, leiht B dem A diesen, „solange pünktlich gezahlt wird“, sodass A mit dem Fahrzeug nach Tirol zurückfahren und es weiterhin nutzen kann.

Darüber hinaus kommen die beiden überein, A solle den Wagen für B verkaufen, wenn A die Kreditforderung nicht mehr bedienen könne, weil das Fahrzeug in Österreich einen höheren Verkaufswert hat als in Deutschland. Dazu übergibt B dem A eine von ihm unterzeichnete Urkunde, in der steht: „*Hiermit bevollmächtige ich A, das Fahrzeug mit dem amtlichen Kennzeichen IL-... in meinem Namen zu verkaufen. Der Kaufpreis ist zu zahlen auf mein Konto (es folgen die deutschen Bankdaten des B). B*“.

Anschließend fährt A mit dem Wagen zurück nach Tirol und geht seinen – allerdings schlecht laufenden – Geschäften nach.

A.) Ermitteln Sie das für die Eigentumsverhältnisse an dem Fahrzeug anwendbare Recht!

Als A wenig später bereits die erste Kreditrate nicht pünktlich zahlt, verliert B das Vertrauen, widerruft die Vollmacht und fordert A auf, Fahrzeug und Vollmachtsurkunde zurückzugeben.

A schickt B die Urkunde nach München, fertigt jedoch vorher eine Kopie davon an. Um an Geld zu kommen, verkauft A den Wagen im Namen des B an **Christoph** (C) und verwendet dabei die Kopie der Vollmachtsurkunde. Im Kaufvertrag vereinbaren A und C, dass C 5.000 EUR in bar an A gegen Übergabe des Wagens und der Schlüssel zahlt und C den Restkaufpreis (25.000 EUR) auf das Konto des B überweist, der C im Gegenzug die Papiere aushändigen soll. Einen Tag später übergibt C dem A das Bargeld und bekommt dafür im Gegenzug den Wagen und die Schlüssel von A übergeben.

B.) Wer ist Eigentümer des Fahrzeugs?

C.) Kann C von B gegen Zahlung von 25.000 EUR die Herausgabe der Papiere verlangen?

(Bei der Beantwortung dieser Fragen ist das österreichische Recht zugrunde zu legen und, dass B zum Zeitpunkt der Weiterveräußerung an C Eigentümer des Fahrzeugs war!)